

Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

Kanton BS

Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)	§ 59 Abs. 1 <u>Kantonales Bau- und Planungsgesetz (BPG)</u> : Bauten und Anlagen müssen sicher sein.	Technische Normen können wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Generalklauselmethode) beachtet werden (Ermessensspielraum).	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.
	§ 59 Abs. 2 BPG: Sie müssen so konzipiert, erstellt, ausgestattet, betrieben und unterhalten werden, dass Menschen keinen vermeidbaren Gefahren ausgesetzt werden.		
	§ 19 Abs. 1 <u>Kantonale Bau- und Planungsverordnung (BPV)</u> : Wenn Gesetze und Verordnungen nichts anderes vorschreiben, müssen Bauten und Anlagen nach den anerkannten Regeln der Technik und der Baukunde erstellt, ausgestattet, betrieben und unterhalten werden.		
	§ 19 Abs. 2 BPV: Das Bauinspektorat führt eine Liste der Normen und Richtlinien, die es als dem Stand der Technik und der Baukunde entsprechend anerkennt. Es macht sie öffentlich zugänglich und gibt sie auf Verlangen ab.		
	§ 71 Abs. 1 <u>Kantonale Ausführungsbestimmungen zur BPV (ABPV)</u> : Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat führt eine Liste der Normen und Richtlinien, die es als dem Stand der Technik und der Baukunde entsprechend anerkennt. Diese Liste kann auf der Internetseite des Bau- und Gastgewerbeinspektorates eingesehen werden. Sämtliche Bauten und Anlagen sind gemäss den vom Bau- und Gastgewerbeinspektorat anerkannten Normen und Richtlinien zu planen, auszuführen und zu unterhalten.		
	§ 71 Abs. 2 ABPV: Soweit Normen fehlen, sind die Bauten und Anlagen fachgerecht zu planen, auszuführen und zu unterhalten. Als fachgerecht gilt dabei, was nach dem jeweiligen Stand der Technik möglich ist und aufgrund ausreichender Erfahrungen oder Untersuchungen als geeignet und wirtschaftlich anerkannt wird.		
	Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.		

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Geländer und Brüstungen insbesondere gemäss Baupolizeirecht	<ul style="list-style-type: none"> § 19 Abs. 1 BPV: Wenn Gesetze und Verordnungen nichts anderes vorschreiben, müssen Bauten und Anlagen nach den anerkannten Regeln der Technik und der Baukunde erstellt, ausgestattet, betrieben und unterhalten werden. § 19 Abs. 2 BPV: Das Bauinspektorat führt eine Liste der Normen und Richtlinien, die es als dem Stand der Technik und der Baukunde entsprechend anerkennt. Es macht sie öffentlich zugänglich und gibt sie auf Verlangen ab. § 71 Abs. 1 ABPV: Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat führt eine Liste der Normen und Richtlinien, die es als dem Stand der Technik und der Baukunde entsprechend anerkennt. Diese Liste kann auf der Internetseite des Bau- und Gastgewerbeinspektorates eingesehen werden. Sämtliche Bauten und Anlagen sind gemäss den vom Bau- und Gastgewerbeinspektorat anerkannten Normen und Richtlinien zu planen, auszuführen und zu unterhalten. § 71 Abs. 2 ABPV: Soweit Normen fehlen, sind die Bauten und Anlagen fachgerecht zu planen, auszuführen und zu unterhalten. Als fachgerecht gilt dabei, was nach dem jeweiligen Stand der Technik möglich ist und aufgrund ausreichender Erfahrungen oder Untersuchungen als geeignet und wirtschaftlich anerkannt wird. 	SIA-Norm 358 (2010) – von der Verwaltung (Bauinspektorat) bezeichnet	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
Beleuchtung insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht	<p>§ 63 Abs. 1 BPG: Die Fensterfläche von Wohn- und Schlafzimmern sowie von Küchen und Wohnküchen darf nicht kleiner als ein Zehntel der Bodenfläche sein. In Dachgeschossen genügt ein Fünftel.</p> <p>§ 63 Abs. 2 BPG: Dasselbe gilt für andere zum Aufenthalt von Menschen bestimmte Räume, soweit ihre Ausstattung mit Fenstern möglich und für die vorgesehene Nutzung sinnvoll ist und keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.</p> <p>§ 63 Abs. 3 BPG: Abweichende Vorschriften des Bundes bleiben vorbehalten.</p>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.
Sanitärräume insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht	<p>§ 68 Abs. 1 BPG: Gebäude müssen die für ihre zweckentsprechende Verwendung nötigen sanitären Einrichtungen enthalten.</p> <p>§ 68 Abs. 2 BPG: Tiefliegende Räume und Anlagen sind vor den Folgen des Rückstaus von Abwasser in der Kanalisation zu schützen.</p> <p>§ 68 Abs. 3 BPG: Die Einrichtungen müssen nach dem Stand der Technik erstellt werden. Sie müssen dauernd für ihren bestimmungsgemässen Gebrauch taugen.</p>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen			
Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> § 62 Abs. 1 BPG: Bauten und Anlagen, die öffentlich zugänglich sind oder in denen Leistungen öffentlich angeboten werden sollen, müssen so erschlossen und eingerichtet werden, dass sie von Behinderten benutzt werden können, sofern dies gemäss den einschlägigen bundesrechtlichen Bestimmungen wirtschaftlich zumutbar ist. § 62 Abs. 2 BPG: Gebäude, die Wohnungen oder für Behinderte geeignete Arbeitsplätze enthalten, müssen einen für Behinderte geeigneten Zugang haben, sofern dies gemäss den einschlägigen bundesrechtlichen Bestimmungen wirtschaftlich zumutbar ist. Sie müssen so erstellt werden, dass sie ohne vermeidbare Umbauten den Bedürfnissen Behinderter angepasst werden können, soweit es ohne Nachteil möglich ist. Ausgenommen sind Einfamilienhäuser. Wortlaut § 19 BPV und § 71 ABPV: siehe oben <u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u> <u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u> 	<p>SN 521 500 (2009) – von der Verwaltung (Bauinspektorat) bezeichnet</p> <ul style="list-style-type: none"> Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung) Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit) Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, Kapitel 3.6.4 Handläufe) Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen) Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen) 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten			
Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten	<p>Insbesondere Art. 5 Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG): Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen.</p> <p><u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u></p>	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie bezüglich Licht und Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
Alters- und Pflegeinstituten	§ 36 Abs. 1 lit. b und Abs. 2 lit. b und d Kantonales Gesundheitsgesetz (GesG): Das zuständige Departement erteilt, unter Vorbehalt von Abs. 2 sowie der in den §§ 37 – 42 erwähnten besonderen Voraussetzungen, Pflegeheimen eine Betriebsbewilligung. Dafür müssen unter anderem folgende allgemeine Voraussetzungen erfüllt sein: b) eine zweckentsprechende Einrichtung ist verfügbar; d) das Vorliegen eines angemessenen Qualitätssicherungssystems ist nachgewiesen.	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>Sichere Gebäude für Kitas, Kindergärten und Schulen generell:</p> <p>Die Fachstelle Sicherheit des kantonalen Erziehungsdepartements hat ein integrales Sicherheitskonzept erarbeitet, das Antworten auf alle wesentlichen Fragen im Sicherheitsbereich der verschiedenen Betriebe und Institutionen enthält. Weitere Informationen dazu hier.</p> <p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 15 Abs. 1 lit. d <u>Eidgenössische Pflegekinderverordnung</u>: Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen. • Gemäss den kantonalen Richtlinien über die Bewilligung und Aufsicht von Tagesheimen zur familienergänzenden Betreuung von Kindern muss jede Kita über ein standortspezifisches Sicherheitskonzept verfügen. Weitere Informationen dazu hier. • <u>Die kantonale Verordnung über die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Tagesfamilien (Kindertagesstätten- und Tagesfamilienverordnung, KTV)</u> regelt die Voraussetzungen zur Erteilung einer Betriebsbewilligung für Kitas. 	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.
Hochbauten mit Arbeitsplätzen	<p><u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 14 Bodenbeläge • Art. 15 Beleuchtung <p><u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 9 Treppen • Art. 12 Geländer und Brüstungen <p><u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u></p>	<p>Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung • die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).